

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Abonnement: Durch unsere Redaktion frei ins Land monatlich 4,00 Mark. Bei der Reichspost abgesetzt monatlich 3,00 Mark. Bei der Post beauftragt ebenfalls 3,00 Mark. Monatlich 4,00 Mark. Schreibt täglich in den Nachmittagszeitungen mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsmärkte und Ausgabehallen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die Abonnementzeitungen bestellen über deren Raum für Anzeigen aus Aus- und dem Bezirk Schwarzenberg so viel wie gewöhnliche Anzeigen 90 Pf., Reklamezeitungen 3—Mark. Bei größeren Abschiffen entsprechendes Maßnahmen. Anzeigenannahme bis spätestens 9 Uhr vormittags. Für Fabrik im Land kann Gewicht nicht geltend gemacht werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Ne. 56.

Donnerstag, den 10. März 1921.

16. Jahrgang.

## Das Wichtigste vom Tage.

Die für gestern anberaumt gewesene Reichskabinettssitzung ist auf Wunsch des Reichsministers Dr. Simons auf heute vormittag, 10 Uhr verschoben worden.

Ein deutsches Weißbuch über die Verhandlungen der Londoner Konferenz wird zurzeit im Auswärtigen Amt ausgearbeitet und soll Anfang der nächsten Woche veröffentlicht werden.

Wie aus parlamentarischer Quelle zuverlässig berichtet, wird ein feierlicher Protest Deutschlands nicht nur bei der Entente, sondern auch beim Bölkerbund erfolgen.

Der französische Botschafter in Berlin Charles Laurent begibt sich nicht sofort auf seinen Posten nach Berlin zurück, sondern wird bis auf weiteres in Paris bleiben.

Die Einnahmen des Reiches sind auch im Monat Februar um mehr als 80 Prozent hinter den Ausgaben zurückgeblieben. Die Reichseisenbahnen schließen für Februar mit fast 1 Milliarde, die Reichspost mit 1/4 Milliardengehalt betrag ab.

## Epilog.

Mr. Lloyd George hat in seiner Unterhausrede bedauert, daß die Sanktionen, die wir besser als Zwangsmahnahmen übersehen hätten sofort in Kraft treten müssten. Die dämonialistische Presse Englands und Frankreichs teilt dies Bedauern nicht, und insbesondere erhebt die französische Presse sinnlose Vorwürfe gegen Deutschland. Man spricht schon nicht mehr von den Sanktionen als von einer vorübergehenden Erholung, sondern will sie als dauernde Garantie beibehalten wissen. Selbstverständlich wird überall behauptet, daß Deutschland den Bruch gewollt habe und der Intrusus geht jetzt sogar so weit, zu behaupten, daß die Sanktionen nur dann aufgehoben würden, wenn Deutschland bereit sei, gewisse Vorderungen im Wortlaut des Vertrages von Versailles zu unterzeichnen, Vorderungen, die natürlich nur zu Gunsten der Alliierten erfolgen sollen. Briands Erfolg wird allgemein herbeigesehnt. Wir fragen uns nun aber: Wo bleibt eigentlich dieser Erfolg des französischen Ministerpräsidenten? Immer wieder muss betont werden, daß die Sanktionen uns zwar schaden — und wir wollen nicht vergessen, daß sie uns sehr schaden können —, daß sie aber in keinem Falle England zum Gelde verhelfen, das Frankreich braucht. Die Aussaffung der französischen und englischen Presse, die die Sanktionen über den grünen Kleid lobt, ist im allgemeinen so einheitlich, daß die Linksliberale Daily Mirror daneben nur als Außenseiter wirkt, wenn sie ihre wachsende Stimme gegen den Bankrott der Politik erhoben, und wenn sie gegen den Wahnsinn protestieren, der es möglich gemacht habe, daß Europa durch diese Aktion zusammenbrechen könnte. Die Grundfragen des Entschädigungsproblems — das ist nach unserer Aussaffung das Ergebnis der Londoner Konferenz — sind dort von den Alliierten überhaupt nicht berührt worden. Man hat vergessen daß Deutschland sich zwar wirtschaftlich wieder erholt hat, daß es aber finanziell noch viel zu schwach ist, um derartige Milliardenlasten auf sich nehmen zu können. Man hat die Reparationsfrage überhaupt nicht mit wirtschaftlichen und finanziellen Rezepten zu lösen versucht, sondern man hat nur verflucht, ihr mit der politischen Range beizukommen. Es wird sich aber stets als unmöglich erweisen, mit einer politischen Lösung der Reparationsfrage beizukommen, weil diese Frage eine wirtschaftliche Lösung verlangt. So lange die Stunde für die wirtschaftliche Lösung noch nicht gekommen ist, so lange sind weitere Verhandlungen, auch die Sachverständigenverhandlungen, völlig nutzlos.

## Angriffe gegen Dr. Simons.

Dr. Simons' Stellung erschüttert?

Nachdem vor einigen Tagen die Deutsche Allgemeine Zeitung, das Blatt des Herrn Stinnes, dem Reichsminister Dr. Simons in aller Form Fehde angelegt hatte, weil er in London zu weit gegangen sei, und nachdem am Dienstag der deutsch-nationale Lokal-Anzeiger nach dem letzten Urteil von Simons in noch viel schärfster Form den Minister angegriffen hatte, kritisierte ihn gestern der Vorwärts in einem Letztartikel von der anderen Seite her und erklärt ausdrücklich, Simons nicht etwa als Sündenbock für das Scheitern der Konferenz behördeln zu wollen, da die alliierten Minister auch durch einen anderen nicht von ihren wahnsinnigen Beschlüssen abzubringen gewesen wären. Der Vorwärts fährt fort, man sei sogar entschlossen, den von rechts gegen Simons gerichteten Angriffen aufs schärfste entgegenzutreten; denn wann er Fehler begangen habe, so sei es sicherlich nicht in der Richtung geschehen, daß er zufiel Nachgiebigkeit an den Tag gelegt hätte. Wenn der Vorwärts hinzufügt, daß die Stellung des deutigen Wüben-

ministers ebensich als erschüttert gelte, so hat er damit nach unserer Meinung recht. Wenn er weiter glaubt, daß es sich weniger um eine Frage Simons als um eine Frage des Gesamtkabinetts handele, so ist ihm entgegenzutreten, da noch nicht genügend aufgeklärt ist, wie weit Simons bei jedem einzelnen Schritt, den er getan hat, Berliner Instruktionen folgt. Der Vorwärts spielt aber die Sache auch auf das Geblieb der inneren Politik hinüber, und darin vermögen wir ihm nicht zu folgen. Aus innerpolitischen Gründen eine Regierungskrise im Reiche herauszubringen, wäre eine Tragödie. Die Sozialdemokratie selbst denkt auch kaum daran, eine solche Krise herbeizuführen. Der Vorwärts begnügt sich damit, nochmals festzustellen, daß die Partei nicht darüber, in die Reichsregierung einzutreten, um einen außenpolitisch und innerpolitisch vollständig verfaulten Karren aus dem kapitalistisch-reaktionären Morast herauszuziehen.

## Begeisterter Empfang Simons' auf deutschem Boden.

Eine Ansprache des Ministers.

Die Bergisch-Märkische Zeitung schreibt: Der Sonderzug der deutschen Delegation kam Mittwoch vormittag 1/10 Uhr in Elberfeld als der ersten Stadt im unbesetzten Deutschland an und hatte hier einen längeren Aufenthalt. Eine unbeschreibbare Menschenmenge begrüßte den Minister Dr. Simons unter begeistertem Applaus deutscher Lieder. Der Oberbürgermeister hieß Dr. Simons in seiner Heimatstadt Elberfeld willkommen, während ein Mitglied der Bergisch-Märkischen Zeitung namens der Bürgerlichen Presse den Minister begrüßte und ihn zu seiner starken Haltung in London begeistert wünschte. Der Minister dankte sichtlich bewegt und zuhörte, die Delegation habe in London getan, was nur irgend möglich gewesen sei. Es sei aber unmöglich gewesen, etwas zuversprechen, was Deutschland nicht halten könne. Das Vaterland würde alles überlassen, wenn nur alle Deutschen treu zusammenständen. Mit überwältigenden Zustimmungen brachte die Bevölkerung ihr Treueobnis zum Vaterlande dar. Als der Zug die Halle verließ, sangen die versammelten Tausende das Lied: Ich hab' mich ergeben mit Herz und mit Hand.

In Berlin eingetroffen.

Dr. Simons ist gestern abend gegen 7 Uhr mit der gesamten Delegation auf dem Potsdamer Bahnhof in Berlin eingetroffen. Zu seinem Empfang waren u. a. Frau Dr. Simons, Reichsanzler Lehmann, Gesandter v. Lucius, Staatssekretäre Albert und v. Haniel, ferner zahlreiche Mitglieder des Auswärtigen Amtes und der Reichsanzlei erschienen. Neben den Berliner Pressevertretern waren fast alle hier tätigen ausländischen Journalisten anwesend. Bahnsteig und Halle, die Treppen und Rampe, der weite Potsdamer Platz und die Nebenstraßen, sowie die Fenster der umliegenden Gebäude waren von einer gewaltigen Menschenmasse dicht besetzt. Der Wagendreher kostete vollkommen. Die Begeisterung war ungeheuer, ohne Unterbrechung bräusen tausendstimmige Hochrufe auf Dr. Simons und Deutschland durch die Menge. Nur schriftweise konnte den Herren der Weg freigemacht werden. Bei der Fahrt der Kraftwagen brach die Menge von neuem in spontane Jubiläen aus.

## Die Londoner Konferenz tagt weiter

Wie die Innenaarbeit ausgeführt werden soll.

Die gestrige Sitzung der Londoner Konferenz begann mittag 12 Uhr und war um 1/4 Uhr beendet. Die alliierten Delegierten präzisierten in ihren Einzelheiten die Durchführungsmodalitäten der wirtschaftlichen Zwangsmahnahmen und nahmen Kenntnis von dem ersten Bericht der Rheinlandkommission wonach die Beschlagnahme der Höhe an der Grenze, welche Deutschland von Frankreich und Belgien trennt, bereits begonnen hat. Darauf präzisierten sie die Bedingungen für die Errichtung einer Zollgrenze am Rhein und bestimmten, welche Erzeugnisse bei ihrer Einfuhr oder bei ihrer Ausfuhr aus dem belegten nach dem unbesetzten Deutschland belastet werden können. Zum Schluß legten sie die Grundlagen für einen einheitlichen Gesamtentwurf fest, der von jeder der beteiligten Regierungen ihren zuständigen Parlamenten vorgelegt werden soll, um so zu erreichen, daß ihre Staatsangehörigen für Rechnung der Reparationskommission einen Teil der Zahlungen leisten, die sie ihren deutschen Viereranten schulden. Die Einzelheiten der Durchführung sollen gestern nachmittag in einer Sitzung der Sachverständigen regelt werden. Um 8 Uhr nachmittags wollte der Oberste Rat von neuem zusammentreten, um in dieser Frage eine endgültige Entscheidung zu treffen. Diese wird sofort der Rheinlandkommission telegraphiert werden.

Marshall Foch und General Weygand unterrichteten den Obersten Rat davon, unter welchen Bedingungen die Befreiung von Düsseldorf, Duisburg und Krefeld bisher stattgefunden hat und weiter fortgeführt werden wird. Die wichtigste Entscheidung, die gestern getroffen wurde, besteht in der Annahme des Grundlagen der Anwendung der Straf-

maßnahmen für alle Verbündeten Deutschlands gegen den Verlierer Vertrag, sei es, daß es sich um die Entwaffnung handelt oder um die Auslieferung der Kriegsgefangenen oder um sonstige Verpflichtungen.

## Lloyd George für neue Verhandlungen?

Die Times meldet: Lloyd George sprach im Unterhaus: Wir sind entschlossen, mit den Deutschen neue Verhandlungen aufzunehmen und die Deutschen zu neuen Verhandlungen einzuladen. Wir hoffen, daß uns die Deutschen in 14 Tagen annehmbare Vorschläge machen werden. Wir werden dann in einer Erörterung eintreten, ob und wann wir die Truppen aus dem besetzten Gebiete zurückziehen können.

Wenn Lloyd George wirklich zu neuen Verhandlungen bereit ist, dann braucht er die Verhandlungen nicht erst abzubrechen. In Wirklichkeit wollte er den Abbruch also nur, um die Zwangsmahnahmen zu verwirken und dann unter dem neuen Druck weiter zu verhandeln. Keine deutsche Regierung kann sich aber zu Verhandlungen bereit finden lassen, solange die Zwangsmahnahmen in Wirklichkeit bleiben.

Keine neue Einladung!

Der Matin meldet aus London: Es ist auf Unterricht Briands keine neue Einladung an die Deutschen beschlossen worden. Man hat durch den Vertreter Lloyd Georges, der sich von Dr. Simons auf dem Bahnhof verabschiedete, dagegen dem deutschen Außenminister mitteilen lassen, daß die Alliierten zur Fortsetzung der Verhandlungen bereit bleibten und die deutsche Unregelmäßigkeit hierzu erwarten.

## In zwei Wochen Fortschreibung der Verhandlungen?

Evening Standard und Westminster Gazette meinen, daß die Zwangsmahnahmen nicht von langer Dauer sein werden. Nach dem Evening Standard besteht der Eindruck, daß die Verhandlungen innerhalb zweieinhalb bis zwei Wochen wieder aufgenommen werden. Der Londoner Verlegerstatter des Intransigenten telegraphiert, wenn Deutschland neue annehmbare Vorschläge machen wolle, so werde man die deutsche Regierung nach London oder Paris einladen, um zu neuen Verhandlungen und damit vielleicht zu einem Übereinkommen zu gelangen.

Die französische Presse wählt weiter.

Französische Blätter meinen, daß etwaige neue Verhandlungen auf keinen Fall auf der Grundlage der Schlußfassung von Paris wieder aufgenommen werden können. Diese seien infolge der deutschen Ablehnung hinfällig geworden. Alle Beteiligten seien auf den Vertrag von Versailles zurückgekehrt, der reziproz angewendet werden müsse. Es sei daher jetzt an der Wiebergutmachungskommission, den Vertrag der Summe festzulegen, den Deutschland zu bezahlen habe. Diese Summe werde Deutschland im Laufe des Monats April mitgeteilt werden.

## Besetzung der ganzen neutralen Zone?

Der Temps meldet aus London: Die Hauptfassung des Matins hat die Grundlinien für die weiteren militärischen Aktionen festgelegt, falls die Deutschen bis zum 1. Mai nicht die Pariser Beschlüsse angenommen haben. Es werden absehbar in drei Stufen weitere 50 Kilometer deutschen Gebietes besetzt, ebenfalls die ganze neutrale Zone. Die endgültigen Beschlüsse seien vertagt worden, um zunächst die Bereitswilligkeit der Deutschen zu neuen Verhandlungen abzuwarten.

Die City und die wirtschaftlichen Zwangsmahnahmen.

Die City nimmt die wirtschaftlichen Sanktionen sehr ernst. Sie erwidert darin eine schwere Gefährdung auch für England angesichts der fortbauenenden Wirtschaftskrise, der Störung des Handels, der Arbeitslosigkeit und des Preissturzes unentbehrlich sind. Die Idee Lloyd Georges der Ablösung eines Teils des Kaufpreises deutscher Waren wird als ruinös angesehen. Die Einbringung eines sofortigen Gesetzes entwirft mit rücksichtsloser Kraft durch Lloyd George eine völlige Ungewissheit herbei, ob selbst schwedende Geschäfte zerstört werden. Die Behörde vor Eingriffen in Privatrechte dürfte die Zurückziehung von Guthaben aus England zur Folge haben, nachdem die Sanktionen bewiesen haben, daß für die Alliierten Rechtsschranken nicht erfüllt werden. Eine entsprechende Tendenz ist bereits bemerkbar. Gleichwohl sind jetzt einflußreiche Citykreise anscheinend apathisch; sie zuden mit den Urfällen, weil es keinen Wert habe, mitzureden, so lange die Finanzfrage zu einem politischen Streit entartet ist. Die Pariser Ideen werden allgemein als phantastisch bezeichnet.

## Oberschlesier!

Die Vereinigten Verbände heimatreuer Oberschlesiener erlassen an alle abstimmungsberechtigten Oberschlesiener folgendes Auffordern:

Heimatreuer Oberschlesiener! Der Tag der Entscheidung ist nahe. Zeigt da Ihr Euch zur Föderalität! Ist es unsere Pflicht, uns noch einmal an Euch zu wenden und Euch unsere Grüße und Wünsche mit auf den Weg zu geben. Als wir vor mehr als 1½ Jahren an Eure Heimatliebe appellierten und Euch zum Zusammenschluß aufriefen, da hat wohl mancher gesmeckt, ob das große Werk gelingen würde. Es ist gelungen! Eure Treue zur Heimat war stärker als alle